

# Interregnum der Rentner

## Pakistan nach dem Sturz der Bhutto-Regierung

von Jorge Scholz

Spekulationen über einen bevorstehenden Machtwechsel in Pakistan (siehe 'Südasiens', 6/96) haben sich bestätigt: Am 5. November setzte Präsident Farooq Leghari per Dekret seine bisherige Premierministerin Benazir Bhutto samt Kabinett ab, löste die Nationalversammlung auf und berief unter Führung des 80jährigen PPP-Veteranen Meraj Khalid eine neunköpfige Übergangsregierung, die zum 3. Februar 1997 Neuwahlen vorbereiten soll. Doch wie mit dem reaktivierten Greis und seiner Ministerrunde, einem kuriosen Mix abgehalfterter Spitzenbürokraten, Politikern im Ruhestand sowie Günstlingen und Verwandten des Präsidenten, der angekündigte Kraftakt gelingen soll, das verrottete politische System fristgerecht von Grund auf zu reformieren, bleibt ein Rätsel.

Die Armee hatte den Coup gut vorbereitet: Im Schutz der Nacht umstellten in Islamabad Soldaten die Residenz der Premierministerin und alle wichtigen Regierungsgebäude, verhafteten den in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore weilenden skandalumwitterten Bhutto-Ehemann und frischgebackenen Investitionsminister Asif Ali Zardari (Spitzname "Mister-Zehn-Prozent") und riegelten sämtliche internationalen Flughäfen des Landes ab. Im Morgengrauen war die Ära Benazir Bhutto nach nur

drei Jahren Amtszeit endgültig Geschichte.

Das Staatsoberhaupt begründete die formal verfassungskonforme Entmachtung der Bhutto-Administration mit ihrer Verantwortung für hunderte extra-legale Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte in Karachi, mit massiven Fehlern in der Wirtschaftspolitik und mit ausufernder Korruption und Vetternwirtschaft. Außerdem warf er seiner Regierungschefin vor, mehrere Urteile des Obersten Gerichtshofs mißachtet und das

Ansehen der Justiz beschädigt zu haben. Außerdem sollen die Telephone von Verfassungsrichtern, hohen Armeeeoffizieren und führenden Regierungsbeamten systematisch abgehört worden sein, wie aus einem insgesamt acht Seiten umfassenden offiziellen Sündenregister hervorgeht.

Damit ist die vierte vorzeitige Ablösung einer demokratisch legitimierten Regierung in nur acht Jahren perfekt. Für Benazir Bhutto bleibt die bittere Bilanz: Nach 1988-90 scheiterte auch im



Das große Reinemachen (aus: 'The Friday Times', Lahore)

zweiten Anlauf ihr ehrgeiziges Projekt, erstmals in der pakistanischen Geschichte als ordentlich gewählte Premierministerin das Ende der auf fünf Jahre angesetzten Legislaturperiode im Amt zu erleben.

Dem Frust der Politikerin, die mit wütenden Verbalattacken gegen den Präsidenten und einer schon nach wenigen Tagen abgeschmetterten Verfassungsklage vor dem Obersten Gerichtshof reagierte, folgte die Freude des Volkes: Vor allem in Karachi, wo Benazir Bhutto mit ihrem kompromißlosen Kurs gegenüber der dortigen militanten Oppositionspartei MQM bei vielen Bürgern zuletzt nur noch Haß und Verachtung erntete, löste die Nachricht vom Regierungssturz spontane Begeisterung aus. Die Menschen tanzten auf den Straßen, Freudensalven aus Kalaschnikows wurden abgefeuert und Passanten wurden mit Süßigkeiten beschenkt. Auch die unter der desolaten Wirtschaftslage in bodenlose Tiefen abgestürzte Börse der krisengeschüttelten Millionenmetropole feierte das Ereignis am nächsten Tag mit einem kräftigen Kursgewinn von knapp fünf Prozent.

In welch dramatischem Ausmaß die geschafte Premierministerin als einst beliebteste Politikerin des Landes an Ansehen verloren hat, läßt sich daran ablesen, daß sich noch nicht einmal in ihrer Heimatprovinz und politischen Hochburg Sindh Protest regte, wie dies noch 1990 der Fall war. Ganz im Gegenteil sparen diesmal selbst enge Parteifreunde nicht mit öffentlicher Schelte der Gestürzten. Shafqat Mahmood beispielsweise, Mitglied des Zentralkomitees der 'Pakistan Peoples Party' (PPP), bezeichnete seine Noch-Parteivorsitzende gegenüber dem Nachrichtenmagazin 'Newline' als korrupt und inkompetent. Der prompte Lohn: Auch Mahmood wurde im Übergangskabinett mit einem Posten bedacht.

Weitere kritische Stimmen aus dem Umfeld der PPP-Führung lassen darauf schließen, daß schon bald auch auf Parteebene an die Adresse Bhuttos die Machtfrage gestellt wird. Der Zeitpunkt für eine erfolgreiche Palastrevolution ambitionierter Kronprinzen scheint günstig, zumal Benazir Bhutto und Asif Zardari, die vor einer soeben ins Leben gerufenen Untersuchungskommission wegen Korruption, Machtmißbrauch und Anstiftung zu extra-legalen Tötungen angeklagt werden sollen, im sehr wahrscheinlichen Fall einer Verurteilung damit rechnen müssen, von den Wahlen im Februar ausgeschlossen zu werden. Vorsorglich drohte Bhutto bereits mit Wahlboykott der PPP. Doch nicht den Richtern fuhr der Schrecken in die Glieder, sondern den mit Parlamentsmandaten liebäugelnden PPP-Aktivistern. Hinzu

kommt, daß unabhängige Beobachter der 'Peoples Party' unter der jetzigen Führung für den kommenden Urnengang ein Fiasko prophezeien: In den kursierenden Schätzungen ist von kaum mehr als 40 realistisch erreichbaren Sitzen die Rede, was einem Absturz der größten pakistanischen Partei in die politische Bedeutungslosigkeit gleichkäme. Solche Perspektiven bieten mit näherrückendem Wahltermin reichlich Anlaß für heftige Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs und vor allem das richtige Führungspersonal. Da aber aufgrund der historischen Sonderrolle der Bhutto-Dynastie in der PPP (Vater Zulfikar Ali Bhutto gründete 1967 die PPP) und des ausgeprägten Machtbewußtseins Benazirs ein freiwilliger Rücktritt der jetzigen Vorsitzenden eine Überraschung wäre, ist für manche Beobachter die Spaltung der PPP nur eine Frage der Zeit.

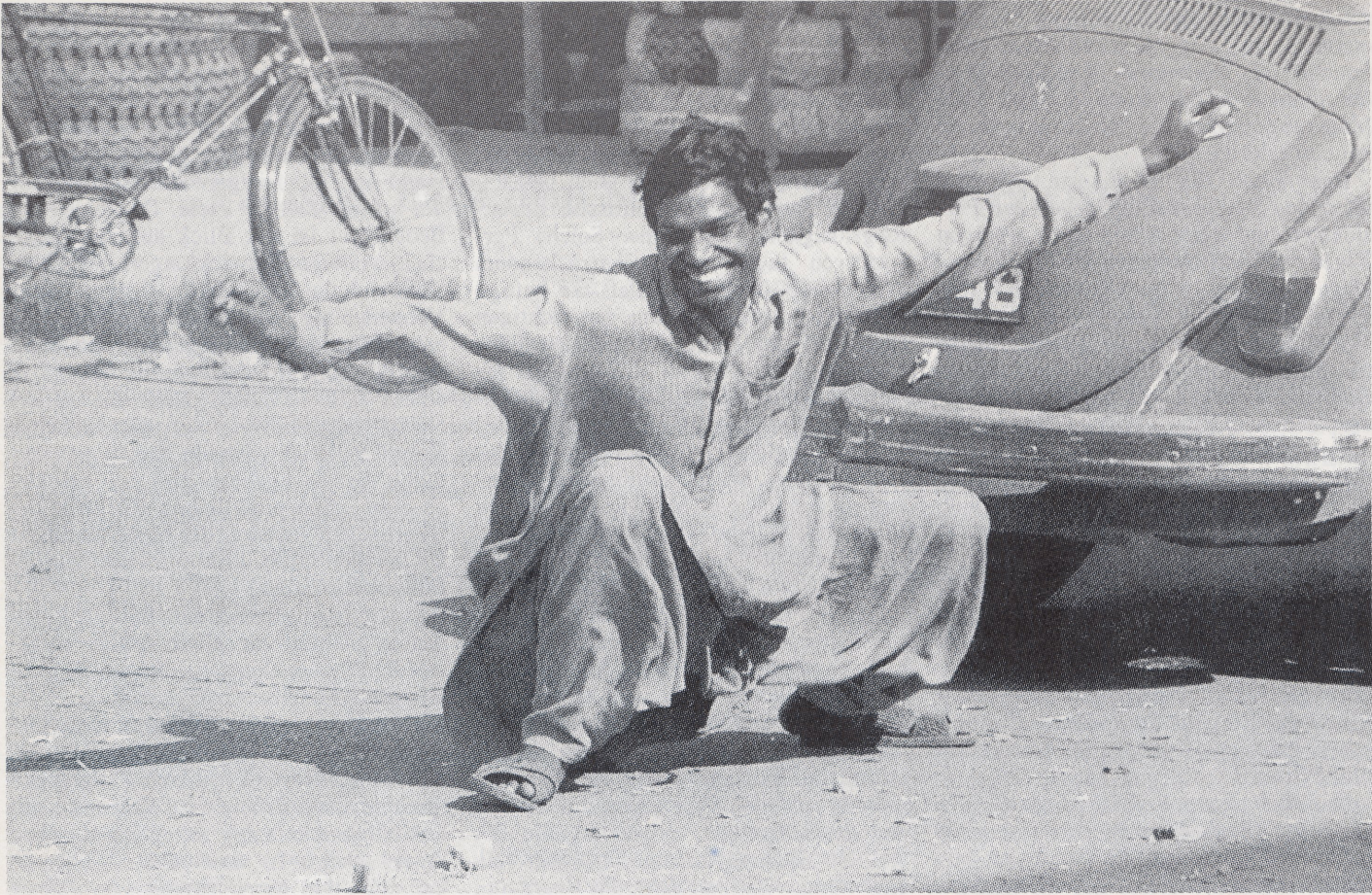
Das zu bewältigende Pensum der Interimsregierung ist enorm: Neben der Vorbereitung und Organisation der Neuwahlen sollen bislang noch nicht arbeitsfähige Anti-Korruptions-Kammern der höheren Gerichte die Ermittlungen gegen zahlreiche Spitzenpolitiker der Ex-Regierung und der Opposition aufnehmen und gegebenenfalls verurteilen; die öffentliche Sicherheit und Ordnung soll wiederhergestellt werden; die Reorganisation von Behörden und Regierungsinstitutionen soll das Vertrauen der Bürger gegenüber dem Staat wiederbeleben; Wirtschaftsreformen sollen die Not vieler Menschen, die durch beschleunigte Inflation, rasch wachsende Steuer- und Abgabenlast und um sich greifende Arbeitslosigkeit verunsichert werden, lindern; außerdem sollen die völlig aus

den Fugen geratenen Staatsfinanzen geordnet werden, um Pakistan vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Den Zeitdruck bedenkend, den die Verfassung dem selbsternannten Reformregime auferlegt, glaubt kaum jemand an eine fristgerechte Realisierung der hochgesteckten Ziele. Das Lager der Beobachter ist mit Blick auf die möglichen weiteren Entwicklungen gespalten: Während die eine Hälfte fest mit einer Verschiebung des Wahltermins und einer entsprechenden Verlängerung des Mandats der Khalid-Interregnums um bis zu einem Jahr rechnet, glaubt die andere Hälfte mit Hinweis auf die brisanten Komplikationen, die ein hierzu notwendiger Verfassungsbruch mit sich brächte, eher an einen pünktlichen Rücktritt der Übergangsregierung, der nicht viel mehr als ein per saldo wirkungsloses Minireformchen erlaubt.

Zweifel am Reformwillen des Präsidenten nähren vor allem einige merkwürdige Personalentscheidungen im Umfeld des Machtwechsels: Während die Ernennung von Meraj Khalid, dem bisherigen Rektor der Islamischen Universität Islamabad und früheren Parlamentssprecher, zum Premier auf Zeit trotz seines reifen Alters bei der pakistanischen Presse noch auf - erstauntes - Wohlwollen stieß, bot die Berufung von Zubair Khan zum Kommerzminister Anlaß für bissige Kommentare. Hintergrund: Khan, einem früheren IMF-Mitarbeiter in unbedeutender Position, wird nicht nur mangelnde Qualifikation für seinen neuen Posten vorgeworfen, sondern vor allem der Umstand, daß er ein Schwager des Präsidenten ist. Als ebenso umstritten gilt Kamal Azfar, der nach der mit



Präsident Leghari nimmt den Eid des Übergangspremiers Malik Meraj Khyalid in Islamabad entgegen  
(Foto: 'Gulf News')



Freudentänze auf der Straße nach Bekanntwerden der Absetzung Benazir Bhutto (Foto: 'Gulf News')

einigen Tagen Verzögerung erfolgten Auflösung des sindhischen Provinzparlaments in den Gouverneurspalast einziehen durfte. Er gilt Eingeweihten als einer der Verantwortlichen für die systematischen Morde der Polizei an militanten Oppositionellen im letzten Jahr. Das Amt des Übergangspräsidenten im Sindh wird gleichfalls von einer schillernden Figur bekleidet: Mumtaz Bhutto, pikanterweise ein Cousin von Benazirs Vater und schwarzes Schaf der Bhutto-Dynastie, machte sich in jüngeren Jahren als Chefminister der Südprovinz einen Namen als beinhardter Sindhi-Nationalist. Mit fatalen Fehlentscheidungen löste er damals in Karachi zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen blutig eskalierenden Sprachenstreit aus. Manche der Vorwürfe gegen die abgesetzte Bhutto-Administration führt der Präsident auf diese Weise mit seiner eigenen Personalpolitik ad absurdum. Für Irritationen sorgt auch die ungleiche und wenig transparente Behandlung der Provinzparlamente. Während Leghari mit Blick auf die sindhische Länderkammer und den Landtag von Balutschistan, wo zuletzt Parlament und Regierung identisch waren, von seinem Recht als Staatsoberhaupt Gebrauch machte und die Auflösung verfügte, ließ er die Regionalparlamente der NWFP und des Punjab vorerst unangetastet.

Dabei war gerade hier nach massiven Bestechungs- und Erpressungsversuchen von Abgeordneten durch die Bundesregierung zu Beginn ihrer Amtsperiode die ursprüngliche Machtbalance zugunsten der PPP manipuliert worden, um die letzten Hochburgen der Opposition zu schleifen. Im Punjab hat inzwischen das Oberste Landesgericht die Wiedereinsetzung des damals gestürzten Ministerpräsidenten Manzoor Wattoo angeordnet, so daß der bisherige Amtsinhaber Arif Nakkai, der in zahllose Affären verstrickt ist, auch ohne Intervention des Präsidenten seinen Posten räumen mußte. Falls jetzt Wattoo im punjabischen Provinzparlament eine vorgeschriebene Vertrauensabstimmung verlieren sollte, könnte sich allerdings der Präsident doch noch zum Eingreifen genötigt sehen.

Wagt man zum Abschluß noch einen Ausblick auf den möglichen Ausgang der angekündigten Februarwahlen, so scheint alles bereit für ein Comeback von von Oppositionsführer Nawaz Sharif und seiner 'Pakistan Muslim League' (PML). Obwohl die meisten Kommentatoren der PML einen deutlichen Sieg zutrauen, verbreitet diese Perspektive keine rechte Begeisterung. Zu frisch sind die Erinnerungen daran, daß auch Nawaz Sharif schon zweimal in seiner Karriere Bekanntheit mit Entlassungsdekreten eines Präsidenten machte. Die

Begründung damals: Korruption, Vetternwirtschaft und Unfähigkeit im Amt. Auch die phasenweise äußerst destruktive und bewußt auf Konfrontation ausgerichtete Blockadepolitik der PML in den letzten drei Jahren vermittelte nicht den Eindruck, als sei Sharif auf den harten Oppositionsbänken zum verantwortungsbewußten Staatsmann gereift. Dennoch sind neben ihm keine Alternativen in Sicht. Der populäre Ex-Cricketchampion Imran Khan mit seiner Gerechtigkeitsbewegung und die islamistische 'Jamaat-e Islami' dürften ebenso wie einige regionalistische Parteien über Achtungserfolge nicht hinauskommen. Bis dahin aber ruht das Schicksal von Personal und Strukturen der pakistanischen parlamentarischen Demokratie in den Händen einer greisen Rentnerriege. Turbulenzen drohen, wenn tatsächlich kandidierende Politiker per Gerichtsurteil disqualifiziert werden sollten. Die meisten politischen Beobachter befürchten, daß die Übergangsregierung zu schwach wäre, um dadurch ausgelösten Unruhen und organisierten Massenprotesten einer Partei wirkungsvoll begegnen zu können. Die gegenwärtige Krise und mit ihr das Gespenst einer weiteren Intervention des Präsidenten und/oder der Armee sind also noch längst nicht gebannt.